

Hans-Jürgen Jakobs München

Krisenzeiten sind Herrscherzeiten. Zeiten der Pandemie sind Zeiten für Potentaten aller Art. Mit nichts lässt sich der Griff zu mehr politischer Macht besser begründen als mit dem Kampf gegen ein heimliches Virus. Die Welt hat seit Anfang März nicht nur erlebt, dass mehr als 80 Länder den Notstand ausgerufen haben - sondern auch, dass Nicht-, Viertel- oder Halbdemokraten die Covid-19-Verwirrung für die Ausweitung ihrer Bestimmungszone nutzen. Egal ob in Ungarn, Togo, China, Thailand, Bolivien, Indien oder El Salvador - eine Elite wenig zimperlicher „Coronakraten“ macht sich breit.

Der „Lockdown“ ist auch ein „Lockdown“ der liberalen Demokratie, die ohnehin seit einiger Zeit vielen Entwicklungsstaaten nicht mehr als goldglänzendes Referenzmodell erscheint. Was ist da los? Verlagern sich die Gewichte im Systemkampf? Hat jenes Land eine bessere Zukunft, das sich weniger um Menschen- und Meinungsrechte kümmert?

Anruf in Sydney. Am Telefon einer der weltweit bekanntesten Politikwissenschaftler, Professor an der dortigen Universität und zugleich an Hochschulen in vielen anderen Ländern aktiv, auch am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er forscht dort über „Theorie, Geschichte und Zukunft der Demokratie“. Vor allem aber hat John Keane gerade ein faszinierendes Werk über „The New Despotism“ publiziert, eine so fundierte wie feuilletonistische Gesamtschau der neuen illiberalen Machteliten auf dem Globus.

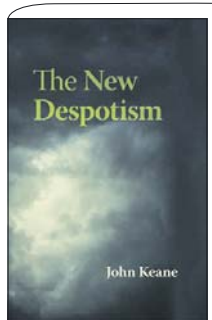
Ein großer Wurf.

Natürlich kommt „Corona“ darin nicht vor, der Text ist vorher verfasst worden. Andererseits aber summiere beispielsweise das Testament der Krise in China den Geist seines Buches, führt Keane im Gespräch aus: „Sie brüteten das Virus aus und waren die Ersten, die ihm widerstanden.“ Die aktuelle Krise sei eine große Chance für die alles bestimmende Kommunistische Partei. Anfangs noch hatte sie die Krise durch Unterdrückung von Informationen über Sars-CoV-2 verschärft, dann aber kontrollierte sie die Seuche mit äußerster Restriktion zum Gefallen der Bürger - und kann nun weiter, wie geplant, den Konsum im Land ankurbeln. Die neue Mittelschicht - 400 Millionen, bald mehr - braucht Erfolgevents.

Die freiwillige Knechtschaft

China sieht der australische Professor an der Spitze der neuen Despotien, die allesamt widerstandsfähiger seien, als die meisten denken, und Demokratien herausforderten: „Wir brauchen eine neue Sprache, um diese Alternative zu beschreiben.“ Man könne sie nicht einfach als „Tyranneien“ oder „Diktaturen“ schmähen, urteilt Keane, das sei nicht wie einst bei Robert Mugabe in Simbabwe; auch den Begriff „Autokratie“ (erst recht „Faschismus“) lehnt er ab. So rede zwar jeder über die Omnipräsenz von Präsident Xi Jinping, Chinas System sei aber viel komplexer und alles andere als dumm. Es erlaube täglich „digitale Meutereien“, Widerspruch auf Onlineforen und Blogs, weil frustrierte Bürger ein Ventil brauchen und die Partei solche Kritik als Frühwarnsystem nutze. Und es könnte ja sein, sagt Keane, dass sich Elemente des Despotismus auch in Demokratien einschlichen.

In seinem Buch führt der Politik-Experte auf mehr als 250 Seiten aus, wie sich „Topdown-Systeme“ die Loyalität ihrer Untertanen sichern. Die würden, in Erwartung größeren Wohlstands und unangefochtener Sicherheit, eine „freiwillige Knechtschaft“ akzeptieren: „Das ist etwas Neues unter der Sonne.“ Galt es bei Radikalliberalen wie Friedrich A. von Hayek noch, die Freiheit der Märkte zu preisen und sozialistischen Totalitarismus zu vermeiden (den „Weg zur Knechtschaft“), so haben



John Keane: The New Despotism
Harvard University Press
305 Seiten
21,21 Euro

„

Ungarn ist die Allegorie für den Aufstieg des Despotismus.

Die Gewalt kommt hier maskiert daher.

John Keane
Professor an der Universität von Sydney

Viktor Orbán: Der ungarische Premier regierte in der Pandemie für Monate nur per Dekret - was er mehr als hundert Mal nutzte.

Boom der Despoten

Politische Systeme wie China und Ungarn fordern herkömmliche Demokratien heraus. Sie seien widerstandsfähiger, als die meisten denken, findet Politikprofessor John Keane und in Zeiten des Virus für Mittelschichten von großem Reiz.



sich inzwischen längst Systeme eingeschwungen, in denen der Staat Märkte macht und sich unfreie Bürger nicht unfrei fühlen. Alles wie bei einem im Buch zitierten persischen Sprichwort: „Besser eine Lüge, die den Frieden erhält, als die Wahrheit, die zerstört.“

John Keane weiß, wovon er schreibt. Ihn haben Alternativen zur Demokratie schon immer interessiert. In den 1980er-Jahren explorierte er die Sowjetunion. Für die neue Arbeit hat er viele Gespräche geführt: in China (wo er auch lehrte), in Russland, Saudi-Arabien, Ungarn, der Türkei. Diese Länder gehören wie etwa Vietnam, Abu Dhabi, Oman, Iran, Laos, Weißrussland oder Singapur zur Sphäre des neuen Despotismus. Keanes Buch ist voller lokaler Geschichten. Eigentlich würde er jetzt in Berlin forschen, aber er hat - nach einem Aufenthalt in Oxford - noch einen der letzten Flügel heim nach Australien bekommen. Seitdem informierte er in Tweets über seine Quarantäne, räsionierte über die „demokratische Qualität“ des Virus, prangerte die Pestilenz als „Heroin des Despoten“ an (Beispiel Hongkong), las eines der Pestbücher von Daniel Defoe und arbeitete sich an Donald Trump, dem 45. Präsidenten der USA ab.

Er nennt ihn nur „Nummer 45“.

Frage: Wie beurteilen Sie, Mister Keane, den Einfluss Trumps auf die Demokratie?

Antwort: „Ich bin besorgt, einige Elemente des Despotismus sind bereits in den USA institutionalisiert. Er hat den Kongress festgesetzt, Kontrolle über den Supreme Court gewonnen, bedeutende Teile der Bürokratie erobert und das populistische Spiel betrieben.“

Aber ist nicht viel gravierender, dass sich mitten in Europa Ungarn fundamental weg von demokratischen Prinzipien bewegt?

Demagogen wie Pfauen

„Seit mehr als einer Dekade zeigt die regierende Partei Fidesz von Viktor Orbán, wie man eine Demokratie, die Gewaltenteilung hatte, verwandeln kann. Ungarn ist eine Allegorie für den Aufstieg des Despotismus. Alle Charakteristika sind dort zu finden: gezügelte Gerichte und Medien, Fake News, nach außen freie Wahlen, regelmäßige Meinungsumfragen, Vetternwirtschaft, von Offiziellen abhängige Oligarchen, eine treue Mittelschicht. Die Gewalt kommt hier maskiert daher.“ Es ist ein System der Patron-Klient-Connections.

Die „Allegorie Ungarn“ besagt, dass mitten in der Europäischen Union, ein Land nach den Gesetzen des Despotismus funktioniert. Orbán, der „Viktator“, konnte für einige Corona-Monate sogar nur per Dekret regieren, was er mehr als hundertmal nutzte. In Osteuropa orientiert sich Polen, mit immer neuen Attacken auf die vormals unabhängige Justiz, am Vorbild des Orbanismus. An den Strippen zieht der nationalkonservative Politiker Jaroslaw Kaczynski.

Überall auf der Welt werde in diesen dunklen Zeiten Sinistres geboren, schreibt Keane, „eine Art Despotismus, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat“. Es handele sich um den neuen Typus pseudodemokratischer Regierungen, geführt von Leuten, die die Kunst beherrschen, sich ins Leben der Menschen einzumischen und es zu manipulieren, „ihre Unterstützung ordnend und ihre Konformität gewinnend“. Die alte Ordnung, mit Gewaltenteilung und „Checks and Balances“, erscheint da plötzlich vorgestrichelt.

Eine Konsequenz: Es gibt Wahlen ganz ohne Demokratie. Keane zitiert die Altmeister Charles-Louis de Montesquieu (1689-1755) und Alexis de Tocqueville (1805-1859). Sie warnen, die Mittelschichten könnten sich auch für Despotismus entscheiden. Keane folgert, die klassischen Demokratien täten gut daran, ihre eigene Resilienz zu stärken. Die unvollendete digitale Revolution müsse zum Beispiel zu En-

de gebracht werde - damit das Internet mehr Demokratie ermöglicht und nicht mehr Überwachung durch die Staatsmacht. Demokraten mögen die Techniken der Despoten verabscheuen, unterschätzen dürfe man sie nicht, warnt Keane. Sie seien wie „Parasiten“, die sich von den Dysfunktionen klassischer Demokratien ernähren.

In seinem Buch analysiert der Wissenschaftler mit Präzision und Sprachreichtum das neue Phänomen. Am Ende rätselt man, ob die Stabilität der vorgeführten „Phantom-Demokratien“ nicht doch zerbröseln könnte, was der Autor



Strategische Partnerschaft: Chinas Präsident Xi Jinping (l.) sichert Simbabwe Präsident Emmerson Mnangagwa die Unterstützung seines Landes zu.

wohl für möglich hält. Und fragt sich, ob die Abgrenzungen des „neuen Despotismus“ hin zu Autokratie und Tyrannei nicht sehr akademisch ist. Und man könnte sicher stärker betonen, dass bei zu viel Kritik der smarte Potentat schnell zum simplen Polizeistaat wird. Man denke an inhafierte chinesische Blogger, die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi oder an den russischen Unternehmer Michail Chodorkowski, der für sein „Njet“ zur gelenkten Demokratie des Wladimir Putin zehn Jahre hinter Gittern saß.

Aber das sind Marginalien in einem brillanten Opus. Es kommt zu einer Zeit, in der „Nummer 45“ die Eskalation des Wirtschaftskriegs mit China vorantreibt, wahltaktisch bedingt. In der Staaten wie Deutschland zwischen Washington und Peking stehen und die alten Klischees - hier „Freiheit“, dort „Regime“ - nicht mehr richtig stimmen.

Spätestens im Oktober will John Keane zurück sein in Europa. Dann wird er sicher über Despotismus und Seuche reden. Über die Verführung, in Demokratien mit Notstandsgesetzen zu operieren. Über Demagogen wie Orbán, die sich wie Pfauen aufplustern. Über den Krisenstil des westlichen Populisten Jair Bolsonaro aus Brasilien, der das Volk trotz Corona zur Arbeit schickte und deshalb wie ein „Krimineller“ wirke, so Keane.

Und über eine Machtverschiebung in der Welt: Die Seuche könne für China ein positiver Wendepunkt sein wie die Pekingreisen von Richard Nixon und Henry Kissinger vor fast 50 Jahren, schreibt der Professor aus Sydney in seinem jüngsten Essay. Die Volksrepublik könne, „ohne einen Schuss abzugeben“, vom Chaos in den USA profitieren, das eigene globale Imperium weiter ausbauen und die Illusion amerikanischer Überlegenheit endgültig zerstören. Da nach Corona weiterhin Seuchen drohten, könnten noch mehr Mittelschichten auf der Welt Notstandsgesetze für gut und demokratische Normen für vernachlässigbar halten.

Dann könnte Pekings Politik an vielen Orten der Welt als „good governance“ geschätzt werden, nicht nur bei Chinas Intellektuellen, ahnt Keane: „Despotismus wäre dann die Zukunft der Demokratie.“

Ausschreibung

Gesucht: das beste Wirtschaftsbuch

Das Handelsblatt, die Frankfurter Buchmesse und Goldman Sachs schreiben den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2020 aus.

Es ist die Zeit für Bücher: Mit der Pandemie haben plötzlich alle mehr Zeit, auch Manager, Banker und Unternehmer. Dienstreisen fallen weg, virtuelle Meetings ersetzen die üblichen Konferenzen, und viele arbeiten weiterhin im Homeoffice. Und geben bei Videoschaltungen unfreiwillig Einblicke in ihr „kulturelles Ökosystem“: Fast immer sind im Hintergrund Regale voller Bücher zu sehen.

Er habe in der Zeit des strengen Lockdowns „Schuld und Sühne“ von Dostojewski gelesen, dazu hätte er sonst keine Zeit gehabt, sagt ein Unternehmer. Ein anderer hat ausführlich die Klassiker der Managementliteratur studiert.

Jetzt gibt es ein positives Signal für Bücherfreunde: Die Frankfurter Buchmesse, das größte internationale Branchentreffen, findet statt, das hat der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in dieser Woche entschieden - mit einem ausgefeilten Hygienekonzept und vielen virtuellen Veranstaltungen.

Auch die drei Initiatoren Handelsblatt, Frankfurter Buchmesse und Goldman Sachs, die den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis ausloben, haben sich entschieden, dass der Preis in diesem Jahr verliehen wird - zum 14. Mal.

„Wir wollen hier ein Zeichen der Kontinuität setzen. Die neuen Unfreiheiten des Lebens, von Mundschutz bis Umarmungsverbot, werden durch die nach wie vor gelebten Freiheiten der Autoren erträglicher“, sagt der Juryvorsitzende Hans-Jürgen Jakobs, Senior Editor des Handelsblatts.

Ab heute können Verlage in Deutschland, der Schweiz und Österreich ihre Bücher ins Rennen schicken, sie können bis zu drei Titel nominieren. Alle literarischen Genres von Sachbuch, Biografie, Unternehmensporträt, Managementbibel bis zum Wirtschaftskrimi sind zugelassen.

Autoren können sich nicht selbst bewerben. Der Einsendeschluss ist in diesem Jahr verlängert bis zum 14. August, um auch die Herbstproduktion aufnehmen zu können. Akzeptiert werden auch Fahnen und Manuskripte von Büchern, die bis September erscheinen.

Am 28. August wird die Shortlist auf der Handelsblatt-Literaturseite veröffentlicht, und ab dann werden die zehn Finalisten bis zur Preisverleihung ausführlich vorgestellt.

Eine hochkarätige Jury aus Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern unter dem Vorsitz von Senior Editor und Handelsblatt-Autor Hans-Jürgen Jakobs entscheidet über die Preisvergabe.

Alle Details, von den ausführlichen Teilnahmebedingungen über die interaktive Anmeldeplattform bis zu Informationen über die

drei Initiatoren, sind zu finden auf der Homepage des Preises:

www.deutscher-wirtschaftsbuchpreis.de

Im vergangenen Jahr ging der Deutsche Wirtschaftsbuchpreis an den britischen Ökonomen und Bestsellerautor Paul Collier für sein im Siedler-Verlag erschienenen Buch „Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft“. Darin geht es um die Frage, wie technologischer Fortschritt auch gesellschaftlich stabilisiert werden kann.

Jede Gesellschaft brauche eine Konvention der Mitglieder auf Werte, die gelebt werden müssen, meinte die Jury in ihrem Urteil. „Colliers Manifest für einen erneuerten Kapitalismus ist extrem gut erklärt, seine Forderungen sind leicht nachvollziehbar, und er spricht das Thema Identität ideologiefrei an“, sagte der Jury-Vorsitzende Jakobs.

Das Buch spiegle das große gesellschaftliche Thema des Jahres 2019: die Sorge um den Zustand der Welt in einer Zeit globaler politischer und gesellschaftlicher Umbrüche und der Zusammenhalt der Gesellschaft.

Das scheint aus heutiger Perspektive in Zeiten von Covid-19 beinahe prophetisch und weiterhin aktuell. Regina Krieger



DIE JURY 2020:

Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner, Lehrstuhl für Entrepreneurial Finance, Technische Universität München (TUM)
Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Dr. Simone Bagel-Trah, Aufsichtsratsvorsitzende der Henkel AG & Co. KGaA
Juergen Boos, Direktor der Frankfurter Buchmesse
Dr. Wolfgang Fink, Vorsitzender des Vorstands, Goldman Sachs Bank Europe SE
Lutz Goebel, Geschäftsführender Gesellschafter der Henkelhausen GmbH & Co. KG, Past President des Verbands „Die Familienunternehmer“
Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)
Prof. Dr. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institute
Prof. Dr. Malcolm Schauf, Präsident des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb)
 Den Vorsitz hat **Hans-Jürgen Jakobs**, Senior Editor und Autor des Handelsblatts.